REZENSIONEN

<https://doi.org/10.1007/s00350-019-5173-3>

Ärztliches Berufsrecht.

Herausgegeben von Marlis Hübner. Begründet von Helmut Narr. Loseblattwerk in zwei Ordnern (hier: 28. Erg.-Lfg.), Deutscher Ärzteverlag 2018, Grundwerk €99,99

Die letzte Besprechung des „Ärztlichen Berufsrecht“ in MedR 2016, 633 ist vor nahezu vier Jahren erfolgt. Die kürzlich publizierte 28. Erg.-Lfg. ist daher ein willkommener Anlass zur Befassung mit den zwischenzeitlich eingetretenen Neuerungen des ärztlichen Berufsrechts und seiner Rahmenbedingungen. Wegen des Umfangs der Überarbeitungen wird Verständnis dafür bestehen, dass die nachfolgende Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Zunächst hat Dörfer im Abschnitt D-IV die Grundlagen der ärztlichen BO inhaltlich überarbeitet und der Entwicklung angepasst, wobei ein eigenes Kapitel den Rechtsgrundlagen der BOen gewidmet ist. Im anschließenden Abschnitt D-V kommentieren Luth/Rutschmann die ärztliche Berufungsgerichtsbarkeit. Diese hat in den Ländern unterschiedliche Ausgestaltung erfahren; kritisch bleibt anzumerken, dass auch Luth/Rutschmann davon ausgehen, dass eine Ausnahme vom Eintritt der Verjährung und damit eine zeitlich unbegrenzte Verfolgbarkeit bei schwerwiegenden Berufsvergehen möglich ist, was verfassungsrechtlich als problematisch diskutiert werden muss.

Hübner hat sich dann in Abschnitt D-VI.3 mit dem Recht der Behandlung und der Behandlungspflicht unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen zum Behandlungsvertrag gemäß §§ 630a ff. BGB. i. V. m. BMV-Ä auseinandergesetzt; der Behandlungsvertrag gilt allerdings hinsichtlich der Formvorschrift nur für GKV-Patienten, wobei nach wie vor strittig ist, ob dem nicht ein öffentlich-rechtliches Sonderverhältnis zugrunde liegt. Von besonderer Bedeutung ist die Frage nach der Behandlungspflicht – etwa bei fehlendem Vertrauen oder bei Verständigungsschwierigkeiten, was in der Praxis immer mehr an Bedeutung gewinnt und nichts mit einer dem Arzt in § 7 Abs. 2 MBO-Ä untersagten Ablehnung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu tun hat, wenn der Arzt ein mit Sprachproblemen einhergehendes Haftungsrisiko nicht akzeptieren will; in dem Zusammenhang erörtert Hübner auch die Problematik unterlassener Hilfeleistung, deren Begehung aber bekanntlich Vorsatz erfordert und leitet weiter zur Kommentierung der Sterbehilfe (Bräuner) über, die bereits seit mehr als 40 Jahren (vgl. nur Geilen, Euthanasie und Selbstbestimmung, Tübingen 1975) Gegenstand der juristischen Diskussion ist und bleibt (dazu auch zuletzt OLG München, Urt. v. 21.12.2017 – 1 U 454/17 –, zur sachlich nicht gerechtfertigten Lebensverlängerung).

Die durch den zeitlichen Ablauf und das PatRG dringend erforderlich gewordene Kommentierung zur ärztlichen Aufklärungspflicht (D-VI.5; dazu auch Cramer, in: FS f. Dahm, S. 119 ff.) hat Achterfeld übernommen und zu Recht darauf hingewiesen, dass Aufklärungsfehler sich in Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfs fehlerhafter Behandlung zu einem beliebigen Auffangtatbestand entwickelt haben; als Beispiel kann aus jüngerer Zeit das Urteil des OLG Koblenz v.

25.10.2017 – 5 U 722/17 –, zur Frage der Notwendigkeit von Häufigkeitsangaben angesehen werden, welches derzeit dem BGH zur Entscheidung vorliegt. Achterfeld widmet insbesondere den unterschiedlichen Arten der Aufklärung (therapeutische und wirtschaftliche Information, Fehleroffenbarung, Selbstbestimmung, usw.) besondere Aufmerksamkeit und stellt die mit der Aufklärung verbundenen Probleme umfassend und sachkundig bis hin zur Aufklärung fremdsprachiger Patienten dar, wobei die Kosten für die Hinzuziehung eines Dolmetschers entgegen verbreiteter Ansicht vom Patienten selbst zu tragen sind (unter Hinweis auf BT-Dr. 17/10488, S. 25; vgl. auch Cramer, in: FS f. Dahm, S. 130), soweit nicht die Ausnahmeregelung des § 17 Abs. 2 SGB I eingreift.

Ein eigenes Kapitel (D-VI.12) ist der Pflicht zur Qualitätssicherung vorbehalten. Hier handelt Berner die allgemeinen berufsrechtlichen Grundlagen und sodann eingehend die besonderen Regelungen im GKV-Bereich im Hinblick auf § 13 SGB V ab und spricht in dem Zusammenhang kurz das Zweitmeinungsverfahren gemäß § 27b SGB V an.

Neu konzipiert und einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen hat Hübner weiter den Schutz des werdenden Lebens (D-VI.13). Dargestellt findet sich u. a. die geschichtliche Entwicklung der §§ 218 ff. StGB, der Bezug zum ESchG und StZG. Dabei geht Hübner u. a. auf die Konfliktberatung und die Umstände einer Beratungsführung sowie die Ausgestaltung eines solchen Verfahrens ein; abgerundet wird die Darstellung mit Hinweisen zu § 24b SGB V und der Richtlinie des G-BA, wobei unter weiteren Aspekten Probleme der Abrechnung, der Einwilligung gemäß § 630d BGB, das SchKG bis hin zu Haftungsfragen erörtert werden, auch wenn man eine Stellungnahme zu der Kontroverse um das Werbeverbot in § 219a StGB (noch) vermissen muss.

Pühler widmet sich sodann der assistierten Reproduktion (D-VI.14) und der Präimplantationsdiagnostik (D-VI.15), die durch die Entwicklungen und Möglichkeiten in den vergangenen 40 Jahren besondere Aufmerksamkeit erfahren haben. Eingehend werden in dem Zusammenhang das ESchG, das europäische Geweberecht und die hierzu ergangenen Regelungen und Problemkreise bis hin zur Frage der Kostenerstattung nach § 27a SGB V bewertet. Wie Hübner in ihrem Vorwort betont, geht es vorzugsweise um die Verpflichtung des Staates zum Schutz des menschlichen Lebens, wovon auch der Schutz eines extrakorporal erzeugten Embryos vor einer missbräuchlichen Verwendung umfasst wird. Die bisherigen Abschnitte Sterilisation/Kastration, bearbeitet von Hespeler, wurden im Kapitel D-VI.16 zusammengefasst.

Im Kapitel D-VI.22 hat Loof u. a. einen Hinweis auf die Änderungen des Mantel- und Gehaltstarifvertrags v. 1.8.2017 aufgenommen. Die 28. Erg.-Lfg. schließt mit einer Überarbeitung von Kalb hinsichtlich der beruflichen Kommunikation (D-VI.27) und des kollegialen Verhaltens unter Ärzten (D-VI.28) im Hinblick auf die zuletzt ergangene Rechtsprechung.

Soweit dem „Narr“, unter dem das „Ärztliche Berufsrecht“ vielfach immer noch gehandelt wird, anlässlich der Besprechung der 22./23. Erg.-Lfg. eine gewisse Alleinstellung zugebilligt worden ist, wird dem auch die hier besprochene 28. Erg.-Lfg. gerecht und stellt mehr als eine Orientierungshilfe für den mit dem Medizinrecht befassten Personenkreis dar. Der jetzigen Herausgeberin Marlis Hübner kommt das Verdienst zu, ihre Erfahrungen als Justiziarin der Bundesärztekammer in die Überarbeitungen eingebracht zu haben und damit berufliche Kompetenz einerseits und wissenschaftliche Durchdringung andererseits miteinander zu verbinden.

Franz-Josef Dahm

Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Franz-Josef Dahm,
Fachanwalt für Medizinrecht und Fachanwalt für Verwaltungsrecht,
Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB
SCHMIDT, VON DER OSTEN & HUBER,
Haumannplatz 28, 45130 Essen, Deutschland